

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Karten, Tabellen und Grafiken	VII
---	-----

I. Einleitung

A. Thema und Fragestellung	1
B. Forschungsstand und -kontext	4
C. Quellenlage	9
D. Gliederung und Aufbau	11

II. Einführung ins Thema

A. Mentalitätsgeschichtliche Einbettung: Die 1960er und 1970er Jahre als Zeit des Umbruchs	13
1. Bundesdeutsche Demokratisierungsschübe in den 1960er und 1970er Jahren	13
2. Die Utopie der Planbarkeit	19
B. Kommunale Neugliederung in NRW als Ausdruck der neuen Mentalität	22
1. Zur Vorgeschichte: Erste Planungsüberlegungen in NRW	22
2. Ziele und Motive der Gebietsreform	26
3. Durchführung der Reform	28
3.1. Erstes Neugliederungsprogramm	28
3.2. Zweites Neugliederungsprogramm	37
3.3. Staatliche Neugliederung	40
3.4. Die kommunale Neugliederung Nordrhein-Westfalens im nationalen und internationalen Vergleich	42
C. Die Untersuchungsregion „Neuer Kreis Borken“	45

III. Die kommunale Neugliederung im Kreis Borken

A. Pläne und Konzepte	49
1. Altkreis Borken	50
2. Altkreis Ahaus	56
B. Selbstständigkeit: Politische, wirtschaftliche und ideelle Bedeutung	59
1. Politische Bedeutung der Selbstverwaltung	59
2. Wirtschaftliche Bedeutung der Selbstverwaltung	62
3. Die Bedeutung von Identität	63
C. Kommunales Handeln zwischen Einsicht, alternativen Ideen und Protest	68
1. Passive Abwehr und vollständige Verweigerung	70
1.1. Gronau und Epe	72
1.2. Heiden	74
2. Einsicht oder widerwillige Akzeptanz?	76
2.1. Das Amt wird zur neuen Gemeinde	77
2.2. Zusammenschluss bzw. Eingliederung mehrerer Gemeinden	85
3. Kommunale Alternativvorschläge	94
3.1. Reform der Amtsverfassung oder Gründung neuer Planungsverbände	94
3.2. Größere Gemeinden im gleichen Amt	96
3.3. Das Amt wird zur neuen Gemeinde	102
3.4. Bildung neuer Gemeinden: Südlohn und Oeding	107
4. Neugliederung als Chance und Notwendigkeit	109
4.1. Bocholt	111
4.2. Borken	118
4.3. Ahaus	122
4.4. Velen	125
4.5. Raesfeld	127
D. Zum Umgang zwischen den zukünftigen Partnern	128
1. Die Auseinandersetzungen um eine „gleichberechtigte“ Partnerschaft	129
1.1. Eingliederung oder Zusammenschluss	129
1.2. Namensgebung	133
1.3. Der Inhalt der Gebietsänderungsverträge	141
2. Ausverkauf und steigende Investitionen	146
3. Verfassungsrechtliche Auseinandersetzungen	151
E. Gründe für das Scheitern kommunaler Gegenvorstellungen	154
1. Das Innenministerium und die Neugliederungskommission	154
1.1. Anhörungen	155
1.2. Stellungnahmen und Eingaben	157
1.3. Gutachten	158
2. Der Landtag und der Verwaltungsreformausschuss	160

2.1. Die Neugliederung im Strudel (partei-)politischer Auseinandersetzungen	160
2.2. Einigkeit über die grundsätzliche Notwendigkeit einer Reform	165
2.3. Die Neugliederungsexperten der Landtagsfraktionen	166
2.4. Die Landtagsabgeordneten	168
3. Die kommunalen Spitzenverbände	169
3.1. Landkreistag und Städtetag als Befürworter der Reform	169
3.2. Der Städte- und Gemeindebund als Gegner der Reform	172
4. Mangelnde Koalitionsfähigkeit und Abstimmung untereinander?	175
F. Handlungsweisen und -motive von Politik, Verwaltung und Bürgern im Handlungsfeld „Kommunale Neugliederung“	177
1. Handlungsweisen und -motive der Verwaltung	179
1.1. Bezirksregierung	180
1.2. Die Kreisverwaltungen	184
1.3. Die Amts- und Gemeindeverwaltungen	194
2. Handlungsweisen und -motive der Politik	210
2.1. Die heimischen Landtagsabgeordneten	211
2.2. Die Kreistagspolitiker	216
2.3. Die Amts- und Gemeindepolitiker	220
3. Handlungsweisen und -motive der Bürger	247
3.1. Positionierung zur kommunalen Neugliederung	247
3.2. Die Bürger als eigenständige Akteure	253
3.3. Lokale Bürgerinitiativen	256
3.4. Landesweite Interessenartikulation: Die „Aktion Bürgerwille“	260

IV. Andere Ebene, gleiches Spiel? Die Kreisneugliederung als Folie

A. Pläne und Konzepte	269
1. Die unklare Zuordnung Bocholts: Zum Niederrhein oder zum Münsterland?	269
2. Dreier-, Vierer- oder Fünferlösung?	271
3. Die Viererlösung als politischer Kompromiss	277
B. Selbstständigkeit: Politische, wirtschaftliche und ideelle Bedeutung	282
1. Politische Bedeutung der Kommunalen Selbstverwaltung	283
2. Wirtschaftliche Bedeutung	285
3. Die Bedeutung der Identität	286
C. Neugliederung als Chance: Kreise gegen Kreise	293
1. Bocholt: Kreisstadt oder Kreisfreiheit	294
2. Kreis Ahaus: Das „Ahauser Modell“	300
3. Kreis Borken: Der ABB-Kreis	305
4. Kreis Coesfeld: Der Westmünsterlandkreis	306

D.	Zum Umgang zwischen den zukünftigen Partnern	310
1.	Die Auseinandersetzungen um eine „gleichberechtigte“ Partnerschaft	310
2.	Verfassungsrechtliche Auseinandersetzungen	314
E.	Gründe für das Scheitern der altkreislichen Gegenvorstellungen	316
1.	Das Innenministerium und die Neugliederungskommission	316
1.1.	Anhörungen	316
1.2.	Stellungnahmen und Eingaben	318
1.3.	Gutachten	320
2.	Der Landtag und der Verwaltungsreformausschuss	322
2.1.	Die Neugliederung im Strudel (partei-)politischer Auseinandersetzungen	322
2.2.	Die Neugliederungsexperten der Landtagsfraktionen	323
2.3.	Die Landtagsabgeordneten	324
3.	Die kommunalen Spitzenverbände	325
4.	Mangelnde Koalitionsfähigkeit und Abstimmung untereinander?	328
4.1.	Erfolgreiche Koalition: Der Streit um die regionale Zuordnung Bocholts	328
4.2.	Koalition mit Schwierigkeiten: Gemeinsames Vorgehen von Städten und Kreisen	335
F.	Handlungsweisen und -motive von Politik, Verwaltung und Bürgern im Handlungsfeld „Kreisneugliederung“	339
1.	Handlungsweisen und -motive der Verwaltung	340
1.1.	Die Bezirksregierung	340
1.2.	Die Verwaltungen der Kreise Ahaus und Borken sowie der Stadt Bocholt	344
2.	Handlungsweisen und -motive der Politik	353
2.1.	Die Landtagsabgeordneten	353
2.2.	Die Kreispolitiker	357
2.3.	Die Gemeindevertreter	369
3.	Handlungsweisen und -motive der Bürger	372
3.1.	Positionierung zur Kreisneugliederung	372
3.2.	Die Bürger als eigenständige Akteure	373
3.3.	Bürgerinitiativen	375
G.	Bilanz und Schlussbemerkungen	
400	Ursachen und Gründe für die Gebietsreform	389
400	Folgen und Erfolge der Reform	390
400	Intendierte Effekte	391
400	1.1. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung	391

1.2. Erhöhung von Verwaltungseffektivität und -effizienz	392
1.3. Verbesserte Planung und infrastrukturelle Entwicklung	395
2. Nicht intendierte Effekte	397
2.1. Finanzen	397
2.2. Bürgernähe	399
2.3. Politik und demokratische Mitbestimmung	400
2.4. Identität	402
C. Für die Bürger, aber nicht mit den Bürgern? Bilanz eines ungeliebten Reformprozesses	405
1. Durchsetzung der Reform durch die Landesregierung	406
2. Kommunale Aktions- und Interaktionsmuster	410
2.1. Divergierende Positionen zur Reform	410
2.2. Die Verwaltung als „lokaler Motor“ der Neugliederung	411
2.3. Handlungsformen der Politik	412
2.4. Interaktion von Politik und Verwaltung	413
2.5. Handlungsformen der Bürger	415
2.6. Interaktion des Bürgers mit Politik und Verwaltung	416
3. Demokratisierungs- und Veränderungsprozesse	417
Abkürzungsverzeichnis	423
Quellen und Literatur	427
Personenregister	477